

# Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Seien durch alle Postanstalten zum Preise von Mr. 1,50  
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonus 7605.  
Redaktionsschluss Dienstag Mittag.

Inserate

lostet die doppelte Seite 30 Pfg. Stellenvermittlung  
und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 20.

Köln, den 18. Mai 1906.

VII. Jahrgang.

## Sohnbewegung der Schreiner in München.

Verläufe der vorletzten Woche spielte sich im Münchener Schreinergewerbe bis schon längst geplante Lohnabzug ab, und brachte sie den Kollegen die erhöhten Tarife. Nach zweimaliger Verhandlung mit den Arbeitgebern unter der Leitung des Herrn Gewerberichters Dr. Pfeiffer kam ein Tarifvertrag zustande, aus dem für heute wesentlichsten Punkte hier Erwähnung finden sollen. Arbeitszeit beträgt 58 Stunden die Woche oder 9 Stunden pro Tag. Samstag ist um 1/45 Uhr Arbeitsschluß. Von den Arbeitgebern angestrebte Einführung des Durchlohnungssystems müssten diese fallen lassen und wurden an Stelle die Mindestlöhne in folgender Höhe gesetzt: von bis zu zwei Jahren nach beendeter Lehrzeit er 38 Pfg. von dieser Zeit ab 50 Pfg. pro Stunde als Lohn. Diese Sätze werden ab April 1907 um 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Auf den bisherigen Lohn erfolgt eine Zulage von 6 Pfg. in den Schreinerbetrieben und 9 Pfg. pro Stunde in den Baugeschäften. Bei Alltordarbeit bleibt Sonnenlohn garantiert. Bei Überstunden werden 50% bezahlt. Diese Zugeständnisse sind, bis auf die Arbeit, deren Abschaffung unsere Kollegen verlangt dasselbe, was die im Herbst v. J. ergangene Rückfrage unserer Zahlstelle auf den Arbeitgebertarif enthielt. Tatsache nun, daß unsere Münchener Ortsverband hinsichtlich der wesentlichsten Forderungen für die Schreiner das richtige getroffen hat, konnte sich's Leitung des soz. Holzarbeiterverbandes nicht vermissen im Kampfe um die Interessen der Arbeiter möglichkeit seines gleichen sucht.

Den früheren Berichten unseres Organs ist es den verdeckt bekannt, daß der Arbeitgeberverband im Herbst an die beiden Organisationen Tarife eingereicht hat. Darauf versuchten unsere Kollegen mit dem soz. Verbands Zusammengehangs Fühlung zu nehmen, was aber seitens der Genossen als ausgeschlossen bezeichnet wurde. Erst als unsers Ortsverwaltung Gewißheit darüber hatte, daß die Leitung der „Freien“ die gleiche Meinung entschloß man sich, selbständig vorzugehen. Der Arbeitgebertarif wurde umgearbeitet und schließlich auch ans Gewerbericht eingereicht. Unsere Zahlstelle ließ sich bei Vorgehen von folgenden Gesichtspunkten leiten: Zu fordert es die Konsequenz, daß ein eingereichter Tarif Beantwortet wird; des ferneren war zu befürchten, wenn die Unterhandlungen nicht im Oktober angebahnt, von den Arbeitgebern dann in späterer Zeit, die für Unterhandlungen noch ungünstiger waren würden. Diese Ansicht wurde nicht nur von unseren vertreten, sondern in großem Umfang auch von „Genossen“ geteilt. Der Gauleiter derselben bestätigte auf dem Gewerbericht, indem er noch betonte, daß Leitung von den Mitgliedern zur betreffenden Hinweis auf die Christlichen als feig und noch bezeichnet wurde. Die Leitung des soz. Holzarbeiterverbandes hielt damals mit der Beantwortung des Tarifes und zwar nach der eigenen Angabe deshalb, der Gauleiter versteift sei, dann aber wegen den bevorstehenden Gewerbeleben. Was nun im Herbst hätte annehmen können, auch die „Genossen“ nicht, zum Vorteile der Kollegen eingetroffen, die Arbeitgebern ihre Tarife einfach ruhen ob aus Uneinigkeit sich, oder anderen, vielleicht edleren Gründen bleibt ungeteilt; jedenfalls war die ganze Situation nur von Arbeitgebern und nicht, wie man seitens der Roten zu machen versucht, von den Gehilfen hervorgerufen.

Im Frühjahr nun war, wie auch jetzt noch, in München Wirtschaftslage keineswegs günstig, und so versuchte man partielle Lohnbewegungen in den einzelnen Betrieben zu erreichen. Bei diesem System wäre es zweifellos geblieben, wenn nicht schließlich von einigen Arbeitgebern erklärt worden wäre, daß sie ein Zugeständnis nicht tun, weil der von ihnen eingereichte Tarif seitens der „Genossen“ noch keine Beantwortung fand. Dieses war nun Ausschlag auch für den soz. Verband den Tarif jetzt zu beantworten. Wenn auch im Herbst, infolge der damals in Köln betriebenen Heze, die „Genossen“ ein Zusammensetzen unserm Verband abgelenkt haben, so lag jetzt kein Vor, das gleiche zu tun, weil in einer Reihe von Städten die Möglichkeit eines Zusammengehangs zum einzigen Vorteile bewiesen wurde.

Doch die „Genossen“ in München haben in der Zeit so manchen brutalen Akt gegen unsere Kollegen und sehnten sich auch jetzt, bei Gelegenheit des Tarifs um die Arbeiterinteressen nach einer Tat gegen unsere Zahlstelle, die für sie ein Dorn im Auge ist. Der wurde ausgeheft, daß die Zahlstelle vernichtet werden. Man hat entgegen der von ihrer Generalversammlung ausgegebenen Weisung, die übrigen

Organisationen bei Lohnbewegungen zu ziehen, sich hier auf den Probenstandpunkt gestellt: Mit den Christlichen verhandeln wir nicht. Um nun der Sache zu sein, begab sich der Gauleiter Raith ans Gewerbericht und gab dort die schriftliche Erklärung ab, unter keinen Umständen zu verhandeln, wenn die Christlichen zugegen wären. Demgegenüber hat unser Kollege Schwarzer die Erklärung dorfselbst abgegeben, daß unsere Kollegen auf der Teilnahme an den Verhandlungen bestanden. Als nun die Verhandlungen begannen, schauten sich die Vertreter der freiheitstreibenden „Genossen“ nicht, den Arbeitgebern das traurige Schauspiel der Uneinigkeit zu bieten, und bestanden auf ihrer Erklärung. In ihrem blinden Fanatismus hätten es die „Genossen“ lieber auf einen schweren Kampf ankommen lassen, als mit ihren anders gesinnten Klassengenossen die Arbeitersache zu vertreten. Die Arbeitgeber verhielten sich bei dem Streit neutral. Nachdem nun seitens des Gewerberichters Dr. Preller betont wurde, daß in dem Falle mit beiden Seiten ein Tarif abgeschlossen würde, hat Kollege Schwarzer, unter Kennzeichnung dieses Vorgehens als eine brutale Verwaltung der Minorität, von jedem weiteren Ausführungen Abstand genommen. Die Verhandlungen wurden nun ohne Schwierigkeit zu Ende geführt und die schon angedeuteten Vorteile erzielt.

Die „Genossen“ hielten dann eine Siegesversammlung ab, in der es recht stürmisch jüngte, sodass es unter sich bald zu einer Rauerei wegen der Errungenschaft gekommen wäre. Indessen in einem Punkt waren sich die Freiheitsbrüder einig, nämlich in dem Sieg über die Christlichen. Ein Jubel wurde angestimmt, als der Hauptling Raith mit stolz geschwollenem Brust über das von ihm verübte „Heldenstück“, die Unterdrückung der Minorität, die ihm angeblich gelungen sein soll, berichtete. Dieses allein war den Genossen von großerem Wert, als alle die materialen Vorteile. Diese Tatsache muß jedem ehrlichen Menschen mehr als sonderbar erscheinen, denn es handelt sich hier um dieselben Leute, die das ganze Jahr über nicht müde werden, sich über Unterdrückung zu beklagen, die Gleichheit vertreten wollen und nach Gleichberechtigung schreien, im selben Moment aber, wo sie die Macht dazu erlangen, in der Brutalität das Höchste leisten. Betrachtet man noch den Umstand, daß auch die Masse der Mitglieder des soz. Verbandes einer offenkundigen Unterdrückung ihrer Klassengenossen Beifall und Zustimmung bekundet, so ergibt sich daraus die bedauerliche Tatsache, daß die Verhetzung gegen Andersgesinnte den Leuten jedes Rechtsgefühl genommen hat.

Doch wie es dem immer sein mag, der beabsichtigte Zweck, unsere bewährte Zahlstelle durch diesen Gewaltakt zu vernichten, wird den Genossen nicht gelingen. Die jetzt beendete Münchener Lohnbewegung ist zum Prüfstein der Überzeugungsstreit unserer Kollegen geworden und sind wir der festen Überzeugung, daß sie diese Probe glänzend bestehen werden. Es gilt doch der Verteidigung der Freiheit und Gleichberechtigung.

## Kartelle und Arbeiter.

Die Frage, welche Wirkungen die Unternehmerkartelle auf die Arbeiterschaft haben, ist schon öfters ventilirt worden. In den meisten Fällen richten sich die Vorwürfe, die man diesen Verbänden macht, gegen die Unternehmer überhaupt. Es bleibt also die Frage offen, welche besonderen Wirkungen auf die Arbeiter mit diesen Erscheinungen verknüpft sind.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß mit dem Auftreten der Kartelle eine größere Gleichmäßigkeit in das Wirtschaftsleben gekommen ist. Schwankungen treten auch heute noch auf. Sie werden hauptsächlich durch die ungefesselte Weltmarktforschung erzeugt; dann auch durch die Politik der leitenden oder schließenden Personen, die auf das Kartell Einfluss haben. Deren Einfluss wird selbstverständlich nicht unwesentlich durch die internationale Marktlage widerum bedingt. Feststellen läßt sich aber, daß die Lehre des Sozialisten Marx, „von den periodischen Krisen“, (Krisentheorie) durch die Kartellinstitution über den Haufen geworfen wird. Wird das Kartell seiner Bestimmung gemäß als Ausgleicher von Angebot und Nachfrage bemüht, und das ist sehr gut möglich, so ist die Krisengefahr wesentlich beseitigt.

Durch die Stetigkeit in der Produktion haben die Unternehmer den größten Nutzen gehabt. Ihre Gewinne blieben ziemlich gleichmäßig. Auch die Beschäftigung der Arbeiter in den kartellierten Industrien war von grossem Gleichmaß gegen die Zeit der Kartelllosigkeit. Die Lohnsätze schwankten auch nicht mehr so stark wie früher. Das läßt sich zum Teil auf das indirekte Wirken des Kartells, zum Teil auf das Konto der Arbeiterorganisation buchen. Es läßt sich aber auch leicht konstatieren, daß die Lohnsätze und sonstigen Arbeitsbedingungen den Schwankungen der Unternehmergewinne folgten. Während in der Hochkonjunktur 1900 die Löhne

der Arbeiter im Bergbau z. B. etwas gesunken waren, fielen sie in den nächsten Jahren der Flanke wieder. Das alberlante Bild. Bei Niedergang der Konjunktur sind die Unternehmer gleich bei der Hand sich an den Arbeitern schadlos zu halten. Tritt aber wieder eine bessere Zeit ein, so warten die Arbeiter vergebens auf entsprechende Verbesserung ihrer Lage. Tatsache ist doch, daß die Unternehmer durch die Kartellierung sich nicht nur feste, sondern auch steigende Gewinne verschafft haben. Man sehe nur jetzt wieder die Geschäftsbücher der Unternehmungen durch, besonders diejenigen, die einem Kartell angegeschlossen sind. Man notiere nicht nur die gegen das Vorjahr aufwärtschreitende Dividende, man beachte auch die großen Abschreibungen, Rückstellungen zum Reserve- und Dividendenfonds, Vorläufe ic. Das verflossene Jahr hat vor allem den Kartellen riesige Gewinne gebracht. Auch das laufende Jahr ist sehr günstig. Das Kohlenkonsortium konnte in Anbetracht der günstigen Lage sogar die Ausfuhrvergütung für das 3. Quartal d. J. fallen lassen.

Dem steht man die Lage der Arbeiter gegenüber. Welcher Kontrast! Dazu beachte man, daß besonders die kartellierten Unternehmer mit Preiserhöhungen vorgehen. Unser Blatt berichtete bereits vor kurzem über diesbezügl. Vorgehen in der Südb. Möbelindustrie ic.

Das Düsseldorfer Roheisen syndikat hat eine Preiserhöhung auf verschiedene Sorten Roheisen eintreten lassen, das Kohlenkontor hat die Preise ab 1. 4. 1906 beträchtlich erhöht. Der Verkaufsverein der sächsischen Braunkohlenwerke ließ mit dem 1. 4. 1906 einen Preisaufschlag auf seine Produkte eintreten bis zu 5 Mr. den Doppelwagen. Auch das Kölner Braunkohlen syndikat erhöhte die Preise. Ferner sind Preiserhöhungen festgestellt in der Papier- und in der Seidenindustrie. Jedermann sieht sich das Register noch ausdehnen, wenn man die Daseinsfähigkeit nicht als bisher von derartigen Maßnahmen unterrichtet würde.

Es fällt aber den kartellierten Unternehmern bei Weise nicht ein, entsprechend den zunehmenden Gewinnen, den erhöhten Preisen, auch die Arbeiter an diesem Mehrertrag teilnehmen zu lassen. So schnell man bei der Hand ist, bei niedrigender Geschäftslage Lohnabfälle und bergl. vorzunehmen, um so zäher widerstrebt man bei aufwärtsgehender Lage irgendwelchen Zugeständnissen gegenüber den Arbeitersforderungen.

Unter den Produktionsfaktoren wird eben das „Kapital“ weit mehr geschätzt als die „Arbeit“. Man denke sich, unsere großen Unternehmungen sind heute vorwiegend Aktiengesellschaften. Die Papiere dieser Gesellschaften werden an der Börse gehandelt. Braucht ein solches Unternehmen neues Geld für Erweiterung, Neuauflagen ic., so wird eine Zulassung weiterer Anteilaktien an der Börse beantragt. Der Antrag wird von der Zulassungsstelle geprüft. Die Handelsammer kann dazu auch begutachten. Wird der Antrag genehmigt, so nehmen ihn verschiedene Banken auf und das Kapital kann „zeichnen“. Fast durchweg werden nur solche Aktien zum Handel an der Börse zugelassen, von deren Güte man sich überzeugt glaubt. Hier arbeitet also fremdes Kapital. Dieses Kapital nimmt weiter nichts auf sich als ein eventl. Risiko, welches aber bei der innigen Verbindung, die heute zwischen Börse und Großbanken besteht, sehr niedrig ist. Dieses fremde Kapital heimst aber nach Jahresabschluß die Dividende ein, die gemäß der Kartellierung ziemlich sicher ist und wie Figura zeigt, stetig steigt. Das Einkommen des Arbeiters aber, besonders der Leben und Gesundheit, seine ganze Person in den Dienst des Unternehmers stellen muss steigt nicht.

Man hat nun keine direkten Beweise, daß das Kartell einer Verbesserung der Arbeiterlage widerstrebt. Offiziell treten die Arbeitgeberverbände in Tätigkeit, wenn es gilt, Arbeitersforderungen abzulehnen.

Das Kartell vereinigt nun die Arbeitgeber einer bestimmten Produktionsgruppe. Treten Forderungen der Arbeiter an diese Unternehmer heran, so sind sie auch am ersten in der Lage, die ganzen Produktionsbedingungen abzuändern und eventuell Stellung zu den Forderungen zu nehmen. So wäre es den Kartellmitgliedern sehr leicht gemacht, die ganze Lage zu klären.

Wenn das letztere nur geschah, könnte man nichts dagegen haben. Da aber die Forderungen der Arbeiter in der kartellierten Großindustrie regelmäßig bis auf äußerste Belästigung würden, so ist damit bewiesen, daß man den Arbeitern überhaupt das Recht verweigert, Forderungen aufzustellen. Dem Kartellsystem kann man einen Vorwurf nicht machen. Es sind eben die Personen, die das Recht des Zusammen schlusses, welches sie selbst benutzen, bei Arbeitern ab sprechen. Das muss anders werden. Wir verkenntnun gewiß nicht die gewaltige Arbeit der einzelnen Betriebsleiter, ihre organisatorische Tätigkeit, wir wollen auch besonders nicht die Generalarbeits der Kartellleiter unterschlagen. Was jedoch für die Unternehmer gilt, die eine Sicherung ihrer Existenz durch das Kartell er streben, daß muss auch für die Arbeiter gelten, die eine Sicherung ihrer Existenz in der gewerblichen Berufsorganisation sehen. Gerade dort aber, wo die Unternehmernexistenz am meisten gefährdet

In den festen Kästen der Stoffe, des Gutes u. d. d. belämpft man die Menschenrechte des Arbeiters am heiligsten.

Und doch ist es ein billiges Verlangen, wenn die Arbeiter ebenso eine Sicherung ihrer Freiheit erzielen, wie dieses die Unternehmer tun. Sie verlangen zu diesem Zwecke den Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen.

In den kartellierten Industrien sieht es damit sehr schlecht aus. Von Tarifverträgen ist da keine Rede. Man sträubt sich mit Händen und Füßen gegen die minimalsten Forderungen.

Der handelsrechtliche Charakter der Unternehmungen, in denen die Unternehmerpersönlichkeit den Arbeitern noch gegenübersteht, hat in den Großbetrieben zumeist schon der öffentlich-wirtschaftlichen Form, Aktiengesellschaften, offene Handelsgesellschaften u. d. weichen müssen.

Auch vor dem „Alten Herr im Hause sein“ müssen die Unternehmer schon manches Stück ablassen durch die Kartellbildung. Sie werden sich daher mit der Zeit auch darin finden müssen, daß das bereits stark fortgeschrittene Konstitutionelle System der Unternehmungen auch die Arbeiter als wertvollste Produktionsfaktoren mit einschließt. Auch für diese muß gesorgt werden.

Der Staat ist daran interessiert, leistungsfähiges Arbeitersmaterial zu haben. Die Arbeiterschaft fordert Tarifverträge, welche zuerst günstig nach dieser Seite wirken. Es liegt daher im Interesse des Staates selbst, wenn er den Bestrebungen der organisierten Arbeiter den größten Nachdruck verleiht. Dadurch sorgt er vor allem für den wirtschaftlichen und sozialen Frieden.

## Stimmen zum Verbandsstage.

Unter den Vorschlägen für die Erhöhung der Beiträge befinden sich, wie in früheren Jahren, auch diesmal die Staffelbeiträge. Die Befürworter der Staffelbeiträge wollen den am schlechtesten gelohnten Kollegen das Zahlen der Beiträge erleichtern. Man weist dabei auf den Verband der Bauhandwerker hin, der ebenfalls Staffelbeiträge etabliert habe. So gut dieser Vorschlag gemeint ist, so ist er doch für unsern Verband nicht durchführbar. Bei den Bauhandwerkern, die fast nur Streitunterstützung zahlen, kann sehr leicht diese Unterstützung für die einzelnen Orte entsprechend der Beitragsteilung reguliert werden. Unser Verband hat jedoch eine Reihe weiterer Unterstützungen, die sich nach Orten trennen, nicht verschieden festlegen lassen. Ein anderer Weg, und zwar der auf Grund der gelebten Marketen, ähnlich wie bei der Invalidenversicherung für jeden Kollegen einzeln die Unterstützung zu berechnen, erscheint wegen seiner Kompliziertheit bei der Berechnung nicht gangbar.

Ein neuer Verbandsstag steht vor der Tür und mit ihm, ich möchte bald sagen, selbstverständlich auch eine Beitrags erhöhung. Ein Wochenbeitrag von 50 Pf. ist ohne Zweifel nicht zu hoch, wenn man bedenkt, welche Verpflichtungen der Verband bei den wirtschaftlichen Kämpfen zu erfüllen hat. Ein jeder hält es für selbstverständlich, daß die Unterstützungen so hoch wie eben möglich zu bewegen sind. Ich will darum noch nicht einer Krankenunterstützung das Wort reden, sondern nur betonen, daß unser Verband in erster Linie eine Organisation zur Erfüllung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sein soll. Ohne Zweifel würde der Kampfcharakter unter einem alten ausgebauten Unterstützungsmaßstab leiden. Durch eine Strafenunterstützung würden wir auch unserer Krankengeld-Rückgratlinie das Wasser abgraben. Sogen. wie lieber dafür, daß dieser neue Mitglieder zugeführt werden, damit an einem weiteren Aufbau der Lasse geholfen werden kann. Unsere Hauptaufgabe muß darauf gerichtet sein, einen Rekordzufluss anzusammeln, damit wir bei den uns noch be stehenden Lohnbewegungen gerüstet defensiv und nicht gleichzeitig, wie jetzt der rote Metallarbeiterverband, die Ausdehnung eines Erhabenheitsbeitrages befürchten müssen. Angenommen wäre bei der Beitragserhöhung auf weniger als 50 Pf. eine Erhöhung der Streitunterstützung und die Vermehrung derselben vom ersten Toge ab. Auch erscheint die Erhöhung der Reiseunterstützung von 75 Pf. auf 1 Mk. pro Tag angebracht. Von ebenso dringender Notwendigkeit ist die vermehrte Ausschüttung von Beamten in unserem Verband, besonders auch in Südwürttemberg. Ohne eine freigestellte Kraft wird es bei uns nie so recht vorankommen gehen. Die württembergischen Kollegen hoffen daher auch der Erfüllung dieses jüngsten Wunsches entgegenzugehen zu können.

Wolff Wiesehahn, Tuttlingen.

Wenn man jetzt unser Organ mit Interesse liest, so findet man in jeder Nummer einen längeren Bericht über den bisjährigen Verbandsstag. Das meiste Interesse wird bei diesen Stoffen auf der Beitragserhöhung entgegengebracht. So sind wir Verteile der Beitragsverhältnisse (F. d. R.) aus Stuttgart, Hamm, Bremen und Hamburg, welche hinsichtlich der Erhöhung des Beitrags auf 50 Pf. plädiieren, mit dem Unterschied, daß der Kollege Koppler für eine Erhöhung der Beiträge eintritt. Den möchte auch ich wohl unterstützen, aber statt der zwei Klassen müßte noch eine dritte und vierte bestehen, denn tatsächlich schwanken die Löhne besonders im hiesigen Bezirk ganz bedeutlich und würde eine Klasse, in der die Kollegen 20-30 Mk. verdienen, nicht ausreichen, wenn ein Kollege bei 20 Mk. verdient, kann nicht denselben Beitrag leisten als der, welcher 30 Mk. verdient. Hebermann sieht der hiesige Bezirk gar nicht darum bestehen, sich an die Seite der anderen zu stellen in Bezeichnung des Verdienstes; denn hier sind die verschiedenen Kollegen hoch, wenn sie 21 Mk. verdienen und ist es ihnen unmöglich, bei diesem hiesigen Lohn einen noch höheren Beitrag zu zahlen. Sobald wir hier alle Kollegen für unsere gute Sache gewonnen haben und mit jeder auch einen Erfolg vereinbart

haben, sind wir gern bereit auch 50 Pf. zu zahlen; aber vorläufig können wir es auf keinen Fall.

Rudolf Matthes, Paderborn.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 20. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13.-19. Mai 1906 fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages erhalten, von wöchentlich 15 Pf., die Zahlstelle Witten, von 10 Pf. die Zahlstellen Bingen und Landau.

Es fehlen vom 1. Quartal 1906 die Abrechnungen der Zahlstellen: Urkheim, Augsburg, Boverungen, Bentheim, Castrop, Cöln-Lindenthal, Ciersl, Watteln, Dresden, Elgau, Bam, Lauf, Neueng, Rosenheim, St. Johann, Steele, Würgassen, Warendorf, Walsum, Weiden und Habrize.

Der Materialverband an vorstehende Zahlstellen ist bis zum Einlauf der Abrechnungen eingestellt.

### Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche vor Abrechnungszeit ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Zugang ist freizuhalten von Schreinern nach Dülmen, Westfalen, Cleve, Neustadt, Westpreußen, Worms (Schreinerei Döß), Hellbeck (Hellbecker Schreinerei), Düren, Rheine, Melle (Firma Winnemässer), Bissingen, Karlsruhe, Mannheim, Hanau (Firma Beyer) und Mühlhausen i. E. — von Schreinern nach Stuttgart, — Schreinern und Maschinentechnikern nach Düren und Bochum — von Schreinern, Bildhauern und Drechsleren nach Bonn (Drechslerwarenfabrik Stärke und Platenfabrik Kühlung), — von Schreinern und Stuhlbauer nach Gelle und Schleiden (Schuhfabrik A. G. Phänix) — von Schreiner und Glaser nach Bamberg (Firma Beder & Diek) — von Stellmachern nach Berlin und Köln, — von Modellschülern nach Hannover, Braunschweig und Dresden — von Uhrmachern nach Bamberg, Pfalz, — von Edgern nach Bamberg.

In der Schweiz sind folgende Orte strengstens zu meiden: Sitten, Blaue Bau- und Möbelschreiner, Chur, Magne, Sogen, Schreinerei, Glaser und Zimmerer, Horgen (C. Rüttich) Firma Rüttich, Glaser und Schreiner, St. Gallen, Schreinerei aller Berufe.

**Streik der Schreiner in Mannheim.** Seit Montag den 12. d. M. befinden sich sämtliche Schreiner Mannheims wegen Nichtbereiligung der gestellten Forderungen im Auslande. Zugang ist fernzuhalten.

**Streik in Cleve.** Nachdem es nach vieler Mühe gelungen war, der seit 5 Jahren bestehenden Zahlstelle so viele Kollegen zu präsentieren, daß man hoffen konnte, an die Beseitigung der 12 stündigen Arbeitzeit heranzutreten und auch überhaupt ein geregeltes Arbeitsverhältnis herzustellen, unterbreiteten die Kollegen dieserhalb den Arbeitgebern Forderungen. Die Unternehmer stellten sich jedoch auf einen zum Teil sogar höchst ablehnenden Standpunkt. Es wurde daher auf einigen Werkstätten die Kündigung eingereicht. Man suchte nun seitens der Arbeitgeber mit allen möglichen Mitteln die Kollegen zurück zu machen. Teils durch Drohungen, teils durch Versprechungen wollte man die Gesellen dem Verband abwenden. Man wollte auch gerne etwas zugeben, wenn die Gesellen einzeln persönlich dem Arbeitgeber ihre Wünsche durchsetzen würden. Mit dem Verband aber will man absolut nicht verhandeln. Für den größten der in Betracht kommenden Betriebe, wollte man sogar teilweise mehr bewilligen wie gefordert wurde, jedoch unter der Bedingung, daß die Gesellen aus dem verhassten Verband austreten würden. Die Kollegen waren jedoch charakterfest genug, dieses Ansinnen abzulehnen. Den Nichtorganisierten wurden in diesem Betriebe der höhere Lohn und die kürzere Arbeitszeit gewährt. Von Charakter zeugt die Ausschau, welche dieser Leute allerdings nicht. Auf drei Werkstätten ist nun am vorigen Samstag die Kündigung abgelaufen und stehen die Kollegen bereits im Kampf. Jetzt handelt es sich in erster Linie um Erhaltung des Kooperationsrechts. Die Meister, welche für sich das weitgehendste Kooperationsrecht beanspruchen, wollen den Gesellen dieses Recht mit Gewalt nehmen. Man hat sich auch unter einer Konventionsspitze von 300 Mark verpflichtet, bis auf weiteres keinen christl. organisierten Schreiner mehr einzustellen. Auch sollen zur Errichtung dieses Zweckes bereits schwarz Liste im Umlauf sein. Da der Kollegen liegt es nun, sich ihr Recht zu erklären; möchte durch das Vorgehen der Meister und der letzte ungenügend machen und erkennen, daß es eine heilige Pflicht eines jeden nachchristlich denkenden Arbeiters ist, sich der Organisation anzuschließen. Die Meister aber können sicher sein, daß der Vernichtungskampf, den dieselben gegen unsere Zahlstelle führen, mir zu deren Festigung beitragen und den endlichen Sieg der Gewerkschaften auch hier herbeiführen wird.

**Erfolgreiche Lohnbewegung in Offenbach.** In einer der letzten Stimmen unseres Organs wurde bereits gemeldet, daß der sozialdemokratische Holzarbeiterverband in Offenbach Forderungen eingebracht habe, ohne unsere Zahlstelle davon in Kenntnis zu setzen. Unsere Kollegen beschlossen daher, auf eigene Faust vorzugehen, falls das „Genossen“ ein gemeinsames Vorgehen ablehnte. Seitens geschah zu guterletzt zuviel nicht, doch muß festgestellt werden, daß das Verhalten einzelner Meister der Meister ein betrügerisch war, welches ein Zusammengehen unmöglich mache. Unsere Kollegen reichten daher ihre Forderungen gefunden ein und fand es dann in der Unterzahl, in welcher auch Vertreter des sozialdemokratischen Ver-

bands zugegen waren, zu einer Vereinigung mit den Meistern. Bereitwillig wurde die 9½ stündige Arbeitszeit, dem bisher geahlten Lohn; ab 1. März 1907 ein Aufschlag von 2 Pf. die Stunde; Lohnzahlung am Samstag; bei Überstunden ein Aufschlag von 25%, bei einer Tagessarbeit von 50%; ein Lohnzuschlag von 6 Pf. pro Tag bei Arbeiten in neu- oder Umbauten; bei auswärtigen Arbeiten ein Aufschlag von 1 Mk. pro Tag und freie Fahrt. Eine Bauanschläge wurde ein besonderer Tarif vereinbart. Es wurde auf Vorschlag unserer Kollegen eine Schlittkommission eingefestigt, welche sich u. a. auch mit der Arbeitung eines Tarifes für die Schreiner zu beschäftigen beabsichtigt.

**Prendigung des Bauschreinerstreiks in Stuttgart.** Stuttgarter Bauschreinerstreik ist beendet. Der Erfolg ist der erwartete. Immerhin sind manche Vorteile erreicht worden. Die Cannstatter Kollegen haben den größten Nutzen durch die Errungenschaften, da Cannstatt nunmehr mit Stuttgart ein gemeinschaftliches Lohngebiet bildet, früher hielt doch die Verhältnisse noch bedeutend schlechter waren dort. Die Außendarbeit ist abgeschafft. Ferner ist durch die 9½ stündige Arbeitszeit eingeführt. Bissher wurde in meistens Betrieben noch 10 und 10½ Stunden gearbeitet. Der Mindestlohn beträgt fortan 42 Pf. pro Stunde. Die Lohn hatten bisher in Stuttgart 40% und in Cannstatt der Kollegen als Höchstlohn. Kollegen, die diesen Lohn zu verdienen erhalten, erhalten einen Aufschlag von 2 Pf. Schreiner erhalten wenn sie mindestens 1 Tag in Bauten, Privathäusern arbeiten, hierfür einen Aufschlag von 3 pro Stunde. Für das Halten eigenen Werkzeuges pro Woche 30 Pf. vergütet.

**Lohnbewegungsende in Würzburg.** Die Lohnbewegung ist beendet. Zum Teil einzeln und zuletzt mit der Zahlstelle schlossen die Kollegen auch mit den Kleinmeistern Vertrag, sodass nach teilweise eintägigem Streik auf der ganzen Linie die Bewegung zu Ende war. Die 9½ stündige Arbeitszeit, eine insgesamt 10 prozentige Lohnherhöhung und überigen, in den größeren Geschäften gemachten, schon bei verdeckten Verhandlungen, fanden auch bei den Kleinmeistern Annahme. In einem größeren Baugeschäft konnten die Kollegen bloß die Arbeitszeitverkürzung durchsetzen, dem seitherigen Lohn. Das ist aber darauf zurückzuführen, weil dort noch zuviel unorganisierte Kollegen waren. Wenn sie sich jetzt doch zum größten Teil organisiert haben, dürfte das liebste nachzuholen sein. Wenn es nun zu einem größeren Kampf mit den Kleinmeistern kommt, ist, wie befürchtet wurde, so durfte dies darauf zurückzuführen, daß sie einfacher, wenn in den größeren Geschäften dauernd bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestanden, nach und nach gar keine besseren Arbeitskräfte mehr bekommen, worüber sie jetzt ohnedies schon sehr lange klagen. Weiteren wollen sie auch mit einer allgemeinen Preissenkung an ihre Kunden herantreten. Dieses können sie vielleicht, wenn sie den Arbeitern keine Zugeständnisse machen, für die Kollegen wird jetzt die Hauptaufgabe die sein, das Errungene auch hochzuhalten. Deutlich ist aber notwendig, daß die Kollegen alle dem Verband treu bleiben, die Sammlungen fleißig besuchen, eventuelle Vertragsverletzungen vorbringen, damit gleich eingeschritten wird. Nur wenn alle sollen tüchtige Gewerkschafter werden, damit zu einer Zeit gerüstet dagestanden werden kann.

**Der Streik in Billingen dauert fort.** Der Hauptgrund, um den es sich handelt, ist die 10% Lohnherhöhung, den andern Kunden wurde fast durchweg eine Einigung erzielt, nur in diesem nicht. Die Meister wollen nicht ermächtigen und damit sind die Kollegen nicht einverstanden. Trotzdem die Meister in den Zeitungen Schreiner hohe Lohn suchen, haben sich bis jetzt nur wenige gefunden und diese sind sofort wieder abgereist. Es geht jetzt nur ein Streitbrecher am Dreieck.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Ahlen.** Seit Gründung unserer Zahlstelle sind sechs Jahre verflossen und ist trotz aller Arbeit und Agitation ein kleiner Teil der hier beschäftigten Holzarbeiter organisiert. Jetzt vorgenommene Haushaltung hat uns nur 2 neue Mitarbeiter gebracht. Gleichwohl war eine einberufene Betriebsversammlung von 5 Mann besucht, die sich, trotz aller Verschließungen, nicht nehmen ließen. Auf mehreren Werkstätten haben wir schon schöne Erfolge zu verzeichnen. Zur Vorjahr war der Baugewerbstarif, bei dem 1/2 der Kollegen organisiert sind, eine Lohnherhöhung von 10% bewilligt und wird dort seit 1. Mai der 10-Stundentag mit einem Mindestlohn von 30 pro Stunde eingeführt. Auf noch drei anderen Werkstätten, seit dem 12 und 11½ Stundentag die 11 stündige Arbeitszeit, jedoch ohne Lohnherhöhung, errungen. Zum Dank dafür, dass die meisten der hier in Betrieb kommenden Kollegen ruhig und arbeiten noch heute durchschnittlich für einen Stundentag Lohn von 28 Pf. Es wäre jetzt, da hier eine gute Konkurrenz herrscht, an der Zeit, daß sich alle Kollegen endlich an die Zahlstelle, die indifferenten Kollegen aus ihrem Schloss aufzulösen und dies dem Vorstand nicht allein überlassen. Wenn es sich bemüht, einen Kollegen in jeder Mitgliedsveranstaltung einzuladen, so würde unsere Zahlstelle bald doch kommen. Sonst ist nicht bei den Meistern auf großen Widerstand zu rechnen, jedoch jedoch manche Kollegen einen gewöhnlichen Spannungsgeist dem Besuch der Versammlung vor und legen dadurch eine Intoleranz an den Tag, die jeden Indifferenter zu der Lieberbrüder bringen muss, daß es mit der ganzen Gewerkschaft nichts zu thun habe. Dies soll und muss anders werden. Wir wollen, daß wir Männer sind in der Gewerkschaft wie auch an jedem Betriebsversammlung, in Zahlung der Beiträge, wie unter der Agitation.

**Weidenhal (Pfalz).** Unsere Zahlstelle steht gegenwärtig in einer schwierigen Lage. Nach schwerer aber erfolgloser Agitation, wie zunächst 65 Mitglieder. Die Verhältnisse in der Holzindustrie, in denen eine Arbeitszeit von 11-12½ Stunden, und die obigen, in denen eine glänzende Löhne bestehen, müssen die Kollegen zum Zusammenbruch bringen.

**Wiedenholz.** Allerdings ist man eifrig daran, Propaganda für die Erhöhung des ordentlichen Tagelohnes zu machen, es doch bestimmt für die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs noch sehr viele Dinge, woher größere Städte einen ordentlichen Tagelohn.

von 2—3 M. aufweisen. Die organisierten Kranken sind längst über den vom Gesetz vorgesehenen Mindestbetrag hinausgegangen, weil eben mit den heutigen wirtschaftlichen Lohnverhältnissen nicht mehr möglich zu bringen ist. In der gesamten Arbeiterversicherung (Arbeits-, Unfall- und Invalidenversicherung) ist der ortsübliche Lohn in Bezug auf Krankenunterstützung, Unfall- und Invaliden- sowie der Angehörigenunterstützung von großer Bedeutung. Alle Arbeiter, Lebhafte und vorübergehend beschäftigte falls sie keiner Krankenkasse und alle diejenigen, die Gemeindeversicherung angehören, werden unterstützt nach dem ortsüblichen Tagelohnes. — Ein Beispiel macht die Leistungen derselben am besten klar. Ein Arbeiter, der Ortskrankenkasse angehört, erhält ein Krankengeld in Höhe des ortsüblichen Lohnes, sofern er 5 M. pro Tag nicht hat; bei 4 M. Lohn — 2 M. Krankengeld. Ein Arbeiter bei dem der ortsübliche Tagelohn maßgebend ist, erhält die selben, z. B. von 2 M. ortsüblichen Tagelohn die = 1 M. Bei der Unfallrente machen es oft hunderte auf aus, die ein Arbeiter verlustig ist, weil der ortsübliche Lohn so sehr niedrig war. Desgleichen bei der Invalidenrente höher die Klasse, der man nach dem Lohn angehört, aber die Rente. Auch im Arbeitsvertrag spielt der ortsübliche Tagelohn eine Rolle. Nach § 124 b der Gewerbe-Ordnung der Arbeitgeber vom Arbeiter und umgekehrt der Arbeiter selbst im Falle eines Kontraktbruches als Entschädigung im sechsfachen Betrag des ortsüblichen Tagelohnes verlangen, und wird der Angehörigen der zu Friedensübungen einberufenen Gewerkschaften eine Unterstützung gewährt und zwar 30% des ortsüblichen Tagelohnes für die Chefs und 10% für sonstige Wohnungsbewohner Angehörige. Insgesamt aber nicht mehr 30% des ortsüblichen Tagelohnes. Dieses in aller Kürze genügt schon, um zu verstehen, daß es auch auf die organisierten Arbeiterschaft ist, für die Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes Sorge zu tragen. Deshalb wurde auch über Thema in der Mitgliederversammlung der neu gegründeten Firma in Bremen am Sonntag, den 29. April referiert. Die Mitglieder gewußt, worum es sich handelte, (in Wirklichkeit betraf der ortsübliche Tagelohn nur 2 M.) so wurde niemand geschtzt haben. Mögen die Kollegen diese Scharfe ausweichen und in der Agitation nicht erlahmen.

**Braunschweig.** So nach und nach schenkt es doch auch bei diesen Kollegen zu dümmern. Früher wollte es uns nicht, eine gut besuchte Versammlung abzuhalten. Heute geht es etwas besser. So war unsere öffentliche Versammlung, die am 21. April abhielt, gut besucht. Die indifferenten waren mit den Worten des Referenten voll und ganz einverstanden, doch konnte sich keiner entschließen, dem Verband zu folgen. Ganz gelingt's doch noch, dieselben zum Eintritt zu bewegen. Wir werden eben nicht eher rasten, bis wir den Holzarbeiter von Spaltungen dem Verbande zugeführt seien. Sonderbare Patronen sind doch die Leutchen von der Dortmunder "Arbeiter-Zeitung". Brachte es doch dieses Zeitung von einer Bettelbriefstall der Christlichen bei der Krupp zu reden. Behufs Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse in der letzten Zeit die Kruppischen Arbeiter gruppenmäßig Einschreitung eines Gesuches bei der Betriebsverwaltung eingeworben. Die Form dieser Eingaben aber wird jetzt "Arbeiter-Zeitung" als Bettelbriefstall verschieren, ob die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter, an der Spitze der Genossen Gemoll, dieselbe ohne jede Beanstandung für gut und zur Annahme empfahlen. In diesem Falle hätte man wenigstens 50 bezartige Eingaben von den christlichen, sozialdemokratischen und Christ-Dunker'schen Gewerkschaften gleich gemacht worden. Tropfend aber findet das rote Blatt den traurigen Nutz, auf diese Weise Arbeitersouveränsches Treiben zu befunden; denn fest nach Lage der Sache, auf dem Kruppischen Wertes nur und der eingeschlagenen Lektüre etwas zu erreichen ist, soll die Lage der Arbeiterschaft gehoben werden. Das Blatt aber durch seine Ausführungen, daß ihm die Arbeiterschaften Nebensachen sind und das sozialdem. Parteiinteresse vorgeht. Das ist Arbeiterversrat im wahren Sinne des Wortes, das dazu haben die Kollegen der Bauabteilung bei in deren Eingabe die "Arbeiter-Zeitung" die Bemerkungen eine Verbesserung der Lohnsätze dringend notwendig, da die Firma sich bei der Steigerung der Löhne in den Betrieben dazu bereit finden müssen eine Aufbesserung der Stunclöhne herbeizuführen. Die Akkordsätze haben nicht gestiegen, sondern bei sehr vielen Arbeiten noch weiter angehoben. So gab es früher bei geringerem Stundenlohn die Herstellung einer Patrone leicht 1,20 M. Heute darf nur noch 0,80 M. bezahlt. Die Kollegen kamen bei Satz und dem schlechten Material nicht auf ihren Lohn verlängert wenigstens 95 Pfg. Der Meister zahlte wohl einen Preis nicht zu hoch war und schien bereit zu sein, diesen zu zahlen. Vom Obermeister aber wurde die Aufsicht der Akkordsätze zurückgewiesen. Man steht somit, wie die "Arbeiter-Zeitung" mit denen arbeitet, die eine Erhöhung der Löhne hinaus anhalten. Die Kollegen bei Krupp schauen von Tag zu Tag mehr die Schwindelstall des Blattes und werden mit Hilfe des christlichen Holzarbeiterverbandes das jetzt nicht erreichte nachzuholen wissen und wenn auch gegen die führenden Geister des sozialdemokratischen Klüngels.

**Kauenthal.** Nachdem mehrere Jahre verflossen sind, seit der Zahlstelle des christlichen Holzarbeiterverbandes einschließlich an der Zeit, daß die hiesigen Kollegen sich der Bildung des Verbandes von neuem erinnerten. Es stand nun Zweck der Neuinführung unseres Verbandes am den 7. Mai im "Liederkrantz" eine Versammlung statt. Kollege Esling, Kaiserslautern, referierte. Seine Worte auf feuchtabaren Boden und meldeten sich gleich mehrere welche am Ende die christl. Gewerkschaftsüber unter den Beziehungen verbreiten wollen. Interessant waren in genannter Sitzung die Ausführungen einiger "Genossen", die oftmals zu überreden hinkamen. Einer behauptete u. a. der Zentrumsklub sei ein christlicher Gewerkschaftler gewesen. Außerdem zu hervorheben zu müssen, daß das Zentrum im bayrischen Lande gegen die Arbeiterschutzgesetze gestimmt habe. Ein glaubte die Fülle seiner Weisheit dadurch und zu tun, verschiedene von dem "großen Nazarener" sprach. Andere Kollegen, die sich vorläufig der Zahlstelle Ludwigshafen haben, güt es in der kommenden Zeit eine solide Propaganda für den christlichen Holzarbeiterverband zu haben, damit die Zahl der Mitglieder zunimmt und durch eigene Kraft zum Besten aller gearbeitet werden kann. **Münster.** Die Bielefelder soz. "Vollswacht" ist ein Blättchen, in dem Wahrhaftigkeit auf dem Kriegsschiff steht. So beschreibt vor einigen Tagen über einen Fall aus Münster, wo unseres Verbandes einen "Genossen" durch Nieder-

trächtigkeiten und eine erbärmliche Handlungweise verurteilt haben sollen. Daß von alledem ist, daß eines der Mitglieder unserer Zahlstelle an seinen rot organisierten Nebenkollegen einen Brief schrieb, dessen Inhalt, daß der Arbeitgeber ihn habe, wegen seiner geringen Fähigkeiten die Entlassung zu nehmen. Die Motive, welche unseren Kollegen hierzu veranlaßt lassent, wie nicht. Fest steht aber, daß die Zugehörigkeit zu einer andern Organisation nicht die Triebkraft dieses Vorgehens war. Wäre diesbezüglich der Fall, so wäre für den Briefschreiber in unserem Verbande nicht länger bleibens gewesen. Einen Terrorismus aus persönlichen Zwistigkeiten zwischen zwei Personen herzuleiten ist allerdings ein Verbrechungskunststück das der "Vollswacht" und der ganzen soz. Presse wohl ansteht. Unwahr ist es, daß der "Genosse" auf den Werktätern von irgend einem unserer Verbandskollegen wegen des Zugehörigkeit zum roten Verbande schandete wurde. Falls dem Betreffenden etwas gesagt wurde, was ihm nicht passte, so kann es sich höchstens um seine Arbeit gehandelt haben. Die "Wichtigkeit" des Genossen wird wohl am besten dadurch bewielesen, daß ihn der Arbeitgeber dieserhalb in Wirklichkeit entließ. Im übrigen erscheint es sonderbar, daß das Bielefelder Lügenblättchen erst 4 Monate nach dem grauslichen Terrorismusfall die Sprache zu dessen Veröffentlichung findet. Es behauptet zwar, daß es möglich über beratige Fälle berichten könnte, zeigt aber in diesem Falle, daß es 4 Monate braucht, um eine Sache zu 1/2 gerecht zu legen.

**Ulm.** Die hiesigen "Berliner" sollen nunmehr, wie man sich in Kollegenkreisen erzählt, auch in Saalabtreiberei machen. Direkte Beweise liegen zwar nicht vor, doch wird allerlei gemunkelt. So heißt das hiesige Ortskapitel der christlichen Gewerkschaften für Sonntag den 6. Mai eine öffentliche Versammlung nach dem Vororten Feier einzuberufen. Der Inhaber des Lokals hatte seine Aussage gegeben und fanden sich dann zu dem festgesetzten Zeitpunkte die Kollegen ein. Doch nunmehr erklärte der Wirt: "Er lasse die Versammlung nicht stattfinden, da er keine Noten ziehen wolle und die Christlichen auch gegen die Geistlichen vorgingen". Die Geschichte war denn doch sonderbar. Später wurden die Kollegen dann gewahr, daß der Wirt am Tage der Versammlung bei seinem Pfarrer, dem Herrn Diözesanpräses Stein der "Berliner" Arbeitervereine vorgesprochen hatte. Die Wahrscheinlichkeit spricht nun dafür, daß letzterer auf den Mann eingewirkt hat, umso mehr, als er am Morgen desselben Tages noch von all den Gedanken nichts wußte. Recht sonderbar aber berührt der Vorwurf, daß die Christlichen die Noten zieheten, wenn man weiß, daß in Ulm kein Bezirk ist, in dem bei Wahlen mehr sozialdemokratische Stimmen abgegeben werden, als gerade in Feuerbach, das zur Pfarrer des Herrn Stein gehört. Es ist so zum mindesten fraglich, wer den "Genossen" größeren Vorwurf leistet, die Christlichen oder die tabatierten Vertreter der "Berliner". Traurig ist es ja, daß man sich mit beratigen "Arbeitersührern" herumzuschlagen muß; aber solche Fälle müssen an die Deffensichtkeit, einerlei welche Person die zweifelhafte Rolle spielt.

**Reichenhall.** Nachdem kaum vier Wochen seit der glücklich ausgelaufenen Lohnbewegung versessen sind, merkt man schon, daß eine Reihe von Kollegen vorhanden ist, bei denen das Interesse am Verbandsleben mettlich schwindet. Es ist dieses am besten durch den schlechten Versammlungsbefehl zu erkennen. Es läßt diese Zahlung auch daran schließen, daß die Kollegen nicht allenfalls auf die stete Innahme des Kartes bestehen. Außerdem sich doch z. B. ein hiesiger Arbeitgeber, daß bei ihm kein einziger Arbeiter den krisitägen Lohn verdiente. Daß beratiges nicht geduldet werden darf, ist selbstverständlich. Beseitigen läßt sich dieses nur dann, wenn wir in der Organisation und um die Verhältnisse bemühten. Die Kollegen mögen nur ein Jahr zurückdenken und sehen, was durch den Verband geleistet werden kann. Dieses soll auch in Zukunft unser Streben sein. Möglich ist dieses aber nur dann, wenn die Kollegen besser die Versammlungen besuchen, treu zum Verband halten und denselben durch das Bringen neuer Mitglieder zu stärken suchen. An die Vertrauensmänner sei dieselbe Mahnung mit der Bitte gerichtet, auch in Zukunft die Obliegerheiten und Aufgaben gewissenhaft und pünktlich zu erfüllen.

**Berlin.** Nachdem in unserer Versammlung vom 12. Mai der Vorsitzende, Kollege Rehr, einige einleitende Worte zum Verbandsstage gesprochen hatte, wurde in die Diskussion darüber eingetreten. Es wurden zuerst die Kritik aus Hannover und Hamburg als "Stimmen zum Verbandsstag" aus Nr. 19 des Organs verlesen und hierüber lange und ausgiebig debattiert. Man war im allgemeinen gegen Einführung einer Krankenunterstützung. Im Punkte Stoffelbeiträge gingen die Meinungen auseinander; dagegen sprach man sich für Verbesserung der Unterstützungen (Krankenlosen) und Erhöhung der Beiträge aus. Unter Punkt Beschiedenes wurde über den Verlauf der Maisträte debattiert, sowie Werkstattangelegenheiten besprochen. Die Kollegen werden nun hierdurch erfaßt, in der nächsten Versammlung am 26. d. M. recht zahlreich zu erscheinen, da dies die letzte Versammlung ist, in der etwa zu stellende Anträge besprochen werden können. Damit die Kollegen aber nicht unzufrieden sind, wenn sie später mit taten sollen, müssen sie vorher mit raten. Daraus ist das Erfolgen in der nächsten Versammlung jedes Kollegen Gewissheit.

**Mannheim.** Wie die Genossen die Gleichheit benötigen, zeigte sich wieder bei der Vorbereitung zu den Arbeiterauswahlwahlen bei der Firma Benz & Co. und in der Generalversammlung derselben. Weil nämlich eine bedeutende Anzahl von Kollegen in der VI. Abteilung (Sattlerei, Wagnerrei und Schreinerei) sich der etragt richtigen Gewerkschaft, dem christlichen Holzarbeiterverbande angehören hatten, war Ansicht vorhanden, einen Christlichen in den Ausschluß zu bekommen. Dadurch war die Gefahr vorhanden, daß den Genossen hin und wieder etwas in die Karten geschaut werden könnte. Doch die Genossen wußten Rat. Schleunigst wurde die fragliche Abteilung vergrößert durch solche Berufe, die "wachrecht" wählen. Auf unseren Protest in der Generalversammlung wurden wir einfach unterdrückt. Der Leiter der Versammlung wollte die Sache so hindessen, als sei die Einteilung endgültig im Einverständnis mit der Firma getroffen worden und könne nichts mehr dagegen gemacht werden. Zum Beweise seiner Logik machte er sich noch dadurch lächerlich, daß er darüber abstimmen ließ, ob diese Einteilung geändert werden sollte, also trotzdem — nichts mehr zu ändern war. Unser Protest bei der Direktion gegen eine solche Vergewaltigung hatte den Erfolg, daß die alte Einteilung beibehalten wurde, damit ist die Hoffnung der Genossen zu Wasser geworden. Es stellt sich auch heraus, daß die Direktion, entgegen der Behauptung des Versammlungsleiters Genossen Moritz, von der verabsichteten Unterdrückung der Christlichen nicht unterrichtet wurde, obwohl sie auch die Neuerteilung von dem Ausschluß gehörte hatte. Dingen können nun aber die Genossen bekanntlich nicht, aber was können sie dafür, daß es Druckschäler gibt? Als natürlich im Beisein der Direktion unter Vertreter fragte, weshalb denn alle übrigen Abteilungen übersprungen worden seien und gerade die fragliche Abteilung eine Vermehrung erhalten sollte, erwiderte Genosse

Moritz, daß die Wahlkette beim Drucker „verdrückt worden seien“. Sonderbar, höchst sonderbar, würde Erkenntnis sagen. Vor allem handelt es sich jetzt darum, daß unsere Kollegen am Tage der Wahl geschlossen auf dem Posten sind. Die betreffende Generalversammlung war auch in sonstiger Beziehung recht interessant. Über manche Anträge war sich das „ielbewohnte Bureau“ darum „star“, daß jedes Mitglied des selben den Vorschlägen zu belehren suchte, so daß man als Teilnehmer das Vergnügen hatte ein Bild zu sehen, wie in einem Almoeber-Kaffee-Restaurant. Schließlich als der Vorsitzende so „belebt“ war, daß er sich gar nicht mehr zu helfen wußte, fing er an zu suchen und schimpfen, um dann endlich abstimmen zu lassen. Es geht nichts über Genossen-Intelligenz. Es gilt nun bei der Wahl der Brutalität der Genossen die richtige Antwort zu geben. Sogar doch ein Subjekt von diesen, daß ein Kollege von uns „seine Knochen numerieren“ dürfe, da er sie demnächst mit dem Glaubwesen zusammen legen könne."

### Modellschreiner.

**Dortmund.** Es war etwa gegen Mitte März, als unser Verband in Verbindung mit dem Gewerbeverein der Tischler H. D. eine gemeinsame Werkstatttagung für die Modellschreiner der Firma Wagner & Co. einberief, um verschiedene Mißstände, welche auch des öfteren schon in unserm Organ stilisiert wurden, zu beseitigen. Die H. D. besehnen fast die ganze Werkstatt. Es muß da vorangegangen sein, daß das kollegialische Gefühl unsern Kollegen gegenüber ein ziemlich gutes ist, das dagegen der eigenen Kollegen zu einander ein sehr trauriges war. So wurde denn in der ersten Sitzung der Versuch gemacht, zunächst wieder das eigene Vertrauen der H. D. Kollegen zueinander zu nähern. Nach fast 1½ stündiger Debatte hierüber schien denn alles wieder in bestehender Harmonie zu sein, und schritt man dann zur Diskussion der Mißstände, die da sind: keine Waschvorrichtung, schlechter Fußboden, schlechtes Werkzeug, schlechte Dampfheizung, keine Kleiderständer, Sonntagsarbeit usw. Nachdem dann die Forderungen in einer 2. Sitzung, welche einige Tage später stattfand, formuliert waren, wurden dieselben von fast allen Kollegen unterschrieben und an genannte Firma abgesandt, mit dem Bemerk, daß dieselben bis zum 15. April erledigt sein sollten. Gleichzeitig wurde eine von beiden Verbänden bestimmte Kommission gewählt, welche eventl. mit der Firma unterhandeln sollte. Gleichzeitig mit Eintreffen des Briefes kam auch der auf die Mißstände aufmerksam gemachte Gewerbe-Assessor zur Revision auf die Werkstatt. Mit Ausnahme des Fußbodens, welcher halb fertig ist, und des Kleiderständer ist bis heute noch nichts gemacht. Am 19. April wurde unser Vorsitzender beim Vorsitzenden Bruder des H. D. Verbandes vorstellig zwecks Regelung der Verhältnisse in der genannten Werkstatt. Der jedoch glaubt, es sei den Gewerbevereinern ernst, die Lage der Schreiner dort zu bessern, ist sehr auf dem Holzweg. Es ist noch alles bis jetzt beim Alten. Auch frühere Abmachungen in Sachen von Löhnen gelten nicht mehr. Es wurde vor circa 2 Jahren abgemacht, daß der Mindestlohn für Modellschreiner 42 Pfg. betragen sollte, und heute sind noch Gewerbevereins-Kollegen da, welche 40 Pfg. erhalten, ja sogar mit 38 Pfg. angestangen haben. Ferner herrscht hier noch unbestimmter Allord. So erhielt ein Kollege dann mal 47 Pfg., dann 44, dann 46 usw. Alles dieses sehen aber die Gewerbevereinern nicht als Mißstände an, sondern denken, hilf dir selbst, statt zu handeln. Wenn es dagegen gegen die Christlichen geht, gefällt man sich in der Stolle, den getreuen Schwörin des freien Verbandes zu spielen, um dann nachher den immer wohlverdienten Geldstrafe dafür zu erhalten wie in Fürth, Halle, Frankfurt a. d. O. usw. Das können diese Leute besser. Es hat bald den Anschein, falls es bei den Bau- und Möbelschreinern zu ersten Differenzen kommt, dieselben, da sie mit 4—5 Kollegen in Beziehung kommen, keine Mittel mehr zur Verfügung haben, um auf oben genannter Werkstatt auch mal etwas durchzuführen. Schimpfen wie ein Hamburger Heringswieb über die bösen "Brüder in Christo" usw., dazu hat man Zeit. Z. B. mußte auch der Fall bei der Firma Stühlen, Kall herhalten und heute, nachdem das Gericht das Urteil darüber gesprochen, stehen sie da wie ein begeisterter Budel. Darum geht es auch mit genannter Organisation gar nicht so recht vorwärts und ist dies auch wohl der Grund dafür, daß auf genannter Werkstatt der Indifferenzitus seinen Einzug gehalten hat. Leider muß es gesagt werden, daß auf unorganisierten Werkstätten hier vielfach bessere Zustände sind, als bei der Firma Wagner. Darum hört man auch vielfach die Reueerungen anderer Berufskollegen: Erst die eigenen Mißstände dort beseitigen, um damit zu zeigen, daß die Organisation was zu leisten imstande sei, und dann können die Beispiele auch andere belehren. Hoffentlich bekommen auch mal die Gewerbevereinler mehr Verständnis für gewerkschaftliche Aufgaben und zeigen, daß auch sie in der Lage sind etwas, Gutes und Vortheilhaftes herauszuschlagen, damit es wie auf so vielen anderen Werkstätten auch auf dieser für die Kollegen Frühling wird. — An die Kollegen der übrigen Zahlstellen richten wir die Bitte, überall dort wo es angängig ist, wie in Kall, Rath usw. auch noch besondere Sektionen der Modellschreiner zu bilden. Dieses bietet uns Gewähr, daß wir besser voran kommen und uns den übrigen Berufen dann bald ebenbürtig zur Seite stellen können. Darum auf zur sicheren Tat. Zum Schlus noch ein Wort in einer anderen Sache. Vom Bericht über die letzte Sitzung des Agitationsbezirks Duisburg des christl. Metallarbeiterverbandes (Siehe Nr. 19 des "Metallarbeiter" vom 12. Mai 1906) sind dort auf der Niederrheinischen Hütte die Modellschreiner im Metallarbeiterverband. Falls sie noch nicht zum christl. Holzarbeiterverband (allerdings gleich mit vollen Rechten) übergetreten sind, sollten sie sich sofort anschließen, denn das geht nicht, daß die eine Hälfte hier, die andere dort organisiert ist. Hoffentlich wird, wenn noch nicht geschehen, auch hierin bald Remedy gesucht.

### Tapezierer und Käfler.

**Cöln.** Eines schönen Erfolgs hatten die Kollegen bei der Firma Scheele, Fabrik für Wagenbau. Schon durch die Lohnbewegung der Stellmacher erhielten die Käfler dieses Betriebes die 9½ stündige Arbeitszeit gegen den früheren Zehnstundentag. Während jedoch die Stellmacher und Schmiede schon längst einen Minimallohn hatten, bestand ein solcher für unsern Beruf nicht. Wir reichten deshalb die Forderung eines Minimallohnes ein, der dann auch in der Höhe von 40 Pfg. bewilligt wurde. Außerdem erhielten die bei der Firma beschäftigten Kollegen einen Lohnzuschlag von 5 Pfg. pro Stunde. Seit langer Zeit schon arbeiten die organisierten Kollegen auf eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse hin. bisher gelang es jedoch in wenigen Fällen, in dieser Beziehung etwas zu erreichen. Dies liegt vor allen Dingen an den mangelnden Organisationsnachlässen. Würden die Stellmacher bei der Firma Scheele nicht die Dreizehntage geschlagen haben, dürfte es uns unendlich gewesen sein, die erhaltenen Verbesserungen durchzuführen. Bauen wir deshalb unsere Organisation besser aus, dann werden unsere Bewegungen in Zukunft von besseren Erfolgen begleitet sein, wie es hiesig meistens der Fall war.

## Gewerkschaftliches.

Deinhardt der Unverbesserliche. Ein unverbesserlicher Schreiber ist der Redakteur der „Holzarbeiterzeitung“. Deinhardt. Seine Spuren finden sich in allen wissenschaftlichen und unwissenschaftlichen Zeitschriften des Sozialismus. Deinhardt schreibt gern, viel und — wissenschaftlich. Sein Gedankenfert ist die „klare Gewerkschaftsbewegung“. Dieses verleiht er so vorzüglich zu tunnen, daß in Genossenkreisen seine Autorität neben der Quä's längst gewürdigt wird. Über auch über sonstige Vorgänge in der deutschen Arbeiterbewegung plaudert Deinhardt so interessant, daß er der Liebling bürgerlicher Gewerkschaftsschichten werden konnte. Sein Artikel: „Das Beamtenelement in den deutschen Gewerkschaften“ in den „Sozialistischen Monatsheften“, weckte das Mitleid jener Kreise mit den „ach so gedrückten und in „prekärer“ Lage befindlichen Beamten der „freien“ Gewerkschaften. Die jüdisch-liberal-soziale Presse sorgte nach den Grünen dieser Erscheinung und glaubte dann ebenso wie Deinhardt die ultraradikale Strömung innerhalb der Sozialdemokratie für das Kesseltreiben gegen die Gewerkschaftsbeamten verantwortlich machen zu können. Von der Gewerkschaftspresse wurde der Deinhardtsche Aufschlag fast garnicht beachtet. Nur in wenigen Blättern machten Beamte der „freien“ Gewerkschaften ihrem gepressten Herzen Lust. Die Mehrzahl aber schreibt, jedenfalls in dem Bewußtsein, daß Neden nicht am Platze sei. Einige Organe der christlichen und Hirsch-Dunklerischen Gewerkschaften beschränken sich lediglich auf die Nichtigstellung von Behauptungen, die der Verfasser im „jugendlichen Geist“ aufgestellt, aber nicht bewiesen hatte. Trotzdem aber fühlt sich Deinhardt geehrt. Ein in den „Soz. Monatsheften“ erschienenes „Nachwort zur Beamtenfrage in den Gewerkschaften“ läßt erkennen, daß er die ihm durch die Begeitung seines Aufschlages zu teil gewordene Ehre zu schätzen weiß. Und streng wissenschaftlich „nachwortet“ er auch gar. Man höre und staune nur, was Deinhardt über das Beamtenamt der christlichen Gewerkschaftsbewegung schreibt:

„In der Tat sind denn auch die christlichen Gewerkschaften durch den verhältnismäßig hohen Beamtenapparat außerordentlich stark belastet. Das äußert sich dann in recht bedenklichen Handlungen, wie beispielsweise dem Streitbruch in Köln, denn wie ein im Herbst von der Zahnstelle Köln des christlichen Holzarbeiterverbands herausgegebenes Flugblatt feststellt, hat die Freistellung des Lokalbeamten, (für rund 500 Mitglieder) die Lokalkasse derart belastet, daß bei dem höheren Beitrag in normalen Zeiten die Ausgaben gerade von den Einnahmen gedeckt werden können, so daß, wie ich hinzufügen muß, zu Streitwenden keine Mittel flüssig waren und die christlichen Holzarbeiter den Streit systematisch brechen müssten. Man kann des Guten auch zu viel tun, das scheint bei den christlichen Gewerkschaften der Fall zu sein, wie bei ihrer Beamtenanstellung nach dem Grundsatz „Die Kräfte muß es bringen“ zu handeln scheinen.“

Dieses Ergebnis Deinhardtscher Forschungen würde jedenfalls dazu beitragen, daß die christlichen Gewerkschaften überstehen, wenn nicht Deinhardt der Unverbesserliche, wieder mal der stauenden Mitteltal ein A für ein U vorzumachen versucht. Gesunken ist's zunächst, daß bei der Anstellung eines Lokalbeamten der Cölnner Zahnstellen des christlichen Holzarbeiterverbands in dessen Tätigkeitsbereich nur 500 Mitglieder vorhanden waren. Die Quartalsabrechnungen des Verbandes wurden bisher in der „Holzarbeiter-Zeitung“ immer derart nachgeprüft, daß es anscheinend gelang, auf Grund der gegebenen Zahlen den Mitgliederbestand zu ermitteln. Nach den Ausschreibungen dieses Blattes aber, dessen Redakteur Deinhardt ist und dem daher die Umrechnungsmeßode wohl bekannt sein muß, fehlen an der wirklichen Zahl zum wenigsten 200. Nun, so genau hält's bei Deinhardt nicht. Noch weniger genau nimmt er es mit seinen Ausführungen bzgl. der Streitunterstützung. Jedes Gewerkschaftsmitglied weiß, daß letztere nicht aus der Lokalkasse, sondern aus der Hauptkasse gezahlt wird, die Lokalkassen der christlich-organisierten Holzarbeiter daher zu Streitwenden gar keine Mittel flüssig zu haben brauchen. Deinhardt, so scheint mir, hat sich geirrt. Er meinte nicht die christlichen, sondern die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die bei der Anstellung

von Beamten des Guten zu viel leisten und insbesonders I seihen Verband. In letzterem wurden beispielweise im 3. Quartal 1905 für Beamtengehälter, Verwaltungskosten und Agitation 111 054,80 M. verausgabt. Nach Berichten der Tagespresse über den Gautag des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbands in Essen, mußten die Zahnstellen Elberfeld und Düsseldorf wegen Säufung der Geschäfte, noch je einen weiteren Lokalbeamten anstellen. Im Gau Düsseldorf befinden sich außerdem noch zwei Lokalbeamte in Köln, einer in Dortmund und zwei Gaubeamte; zusammen 9 Beamte für angeblich 7428 Mitglieder. In Rheinland-Westfalen kommt mithin auf 825 Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbands ein Beamter, während im gleichen Bezirk der christliche Holzarbeiterverband auf die doppelte Mitgliederzahl nur einen agitatorisch tätigen freigestellten Kollegen besitzt. In den Zahnstellen Dortmund und Elberfeld des „freien Verbandes“ kommt schon auf 395 resp. 427 Mitglieder ein Beamter. Die Folgen dieser Aufläufe äußern sich dann nach der Logik Deinhardts darin, daß der sozialdemokratische Holzarbeiterverband viel zu viel an allgemeinen Beamtengehältern verausgabt muß und für den in „ach so prekärer Lage“ befindlichen Redakteur verteuft wenig übrig bleibt.

Dieser ist daher gezwungen, systematisch für gut bezahlende Zeitschriften Gelehrte zu schinden. Je mehr derselbe aber schreibt, desto krauter werden seine Ausführungen über die christliche Gewerkschaftsbewegung. Das Uebel der Wissenschreiberei ist leider bei dem Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ schon viel zu weit vorgeschritten, so daß dessen journalistische Tätigkeit von den mit gewerkschaftlichen Dingen Vertrauten, nicht mehr allzu hoch bewertet wird. Eine dauernde Besserung ist so weder durch eine Gehaltserhöhung noch durch eine größere Ellenbogenfreiheit zu erwarten. Es muß daher schon bei dem Präsidat „Unverbesserlich“ bleiben.

Das Verfahren eingestellt hat die Staatsanwaltschaft Freiburg, das, wie vor einiger Zeit mitgeteilt wurde, gegen den Kollegen Höglach in Mannheim, eingeleitet war. Es sollte sich um einen Expressionsversuch derselben, gegenüber der Firma Himmelreich in Bonn, handeln. Nach der ersten polizeilichen Vernehmung scheint der Staatsanwalt ein Haar in der Suppe gefunden zu haben und ging somit der Wunsch der Firma nicht in Erfüllung. Nun sucht man die Vorbeeren auf dem Wege der Privatrechtslage zu erringen. Wir werden später über den Ausgang der Sache berichten.

**Religion ist Privatsache.** Es ist eine altbekannte Tatsache, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf die religiösen Gefühle ihrer Mitglieder keinerlei Rücksicht nehmen, ja dieselben geradezu beleidigen. Ein neues Beispiel liefert das Organ des Bergolderverbandes, das „Correspondenzblatt“ in einem Berichte über die stattgefundenen Generalversammlungen. Hier heißt es wörtlich: „Die Düsseldorfer Kollegen haben sich über einige Artikel im „Correspondenzblatt“ aus religiösen Bedenken aufgehalten; die Generalversammlung wünscht nicht, daß den Düsseldorfer oder anderen rückständigen Kollegen zu Gefallen etwas an der Haltung unseres „Corr.-Bl.“ geändert wird“. Die Beiträge dieser „rückständigen“ Düsseldorfer Kollegen werden zwar sehr gerne in Empfang genommen, am ihre Beschwerden jedoch stört man sich nicht, im Gegenteil, man verhöhnt und beschimpft dieselben noch als rückständige Mitglieder. Religion soll Privatsache sein in der Partei, wie in der Gewerkschaft, allein alle diejenigen, welche sich ein Fünkchen religiöses Gefühl bewahrt haben und dasselbe nicht willenslos preisgeben wollen, brandmarkt man als rückständige Geister. Hoffentlich finden diese Mitglieder den Weg in diejenige Organisation, in welche sie in Wirklichkeit hineingehören, in eine Organisation, welche nicht allein ihre wirtschaftlichen Interessen voll und ganz vertritt, sondern auch die religiöse Überzeugung eines jeden Mitgliedes hochachtet und diese ist der christliche Holzarbeiterverband.

## Soziale Rundschau.

**Kinderkut und Heimarbeit.** Bilder aus der Heimindustrie liefert der neueste Jahresbericht der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten bei Gelegenheit deren Berichterstattung

über die Durchführung des Kinderschutzgesetzes. Nach Beamten für Überfranten sind allein im Fichtelgebirge der Stadt Vogtlaud mit Einsätzen von Berlin zu 500 Hunderte von Kindern jeden Alters beschäftigt, und diese müssen öfters bis tief in die Nacht hinein arbeiten. Vom 3. Lebensjahr ab werden die Kleinsten angehalten, vom 18. Lebensjahr ab werden die Kleinsten angehalten, spielen der Mutter und den ältesten Geschwistern zu, um den geringen Lagesverdienst von 50—60 Pf. um einen Pfennig zu erhöhen. — In der Holzindustrie der macherei Oberfrankens blüht appig das Tricksystem. 18 Korbmachereihändler hatten sich im Berichtsjahr des vor Gericht zu verantworten. — In Schwaben werden Kinder und Mädchen bis 11 und 12 Uhr nachts in der Stoffindustrie beschäftigt. Wenn die Arbeit hier auch direkt gesundheitsförderlich ist, so wirkt doch das lange in gebückter Stellung sowie die überlange Arbeitszeit auf Gesundheit der Kinder nachteilig. — Der Jahresbericht Gewerbeaufsichtsbeamten Bayerns bestätigt wieder, daß Kinderschutzgesetz so gut wie auf dem Papier steht, neue Mittel gesucht werden müssen, um dasselbe einigermaßen ordentlich zur Durchführung zu bringen.

## Aus Arbeitgeberkreisen.

**Unternehmerpraktiken.** Die Tagespresse, soweit die nicht von irgend einer Interessengruppe abhängig ist, in den Augen aller rechtlich denkenden Menschen die Pflicht Interessenkämpfen eine objektive Haltung einzunehmen. Sie aber Veranlassung einen Teil der streitenden Parteien Worte kommen zu lassen, so darf man auch füglich erwarten, daß dieses dem anderen Teile nicht verwehrt wird. Andere Auffassung vom Wesen der Presse scheint in manchen Unternehmerkreisen zu herrschen. So hatte die „Ulmmer“ ein liberales Organ, bei der dortigen Schreinerbetrieb beiden Teilen, Arbeitern und Arbeitgebern ihres Spaltes öffnet. Das so manches für die Unternehmer nicht genehmige gesagt wurde, ist wohl selbstverständlich. Flugsich aber der Schriftführer der Sektion Ulm des Verbands süddeutscher Holzindustrieller im Auftrage des Vorstandes die Hose und schreibt der „Ulmmer Blg.“ folgende Erklärung: „Wir sehen uns veranlaßt, Sie höflich zu ersuchen, ob Sie weitere Artikel über den gegenwärtigen Sachverstand zur Aufnahme übergeben werden, sich vorher an Vorsitzenden der Sektion Ulm des Verbandes süddeutscher Industrieller, Herrn Friedr. Berger in Firma Th. Hofmöbelfabrik, hier zu wenden und bei demselben zu fragen, ob die Ihnen mitgeteilten Tatsachen der Wirklichkeit entsprechen.“

Sollten Sie trotzdem wieder Artikel bringen, welche Unrichtigkeiten enthalten, ohne sich vorher den wahren Sachverhalt informiert zu haben, so werden sich unsere Mitglieder gezwungen sein Ihnen Ihre Annoncen für längere Zeit zu entziehen.“

Wie Figura zeigt, verstecken es die Unternehmer geschickt, ihnen nicht gefügige Organe klein zu bekommen. Das schon genannte Blatt besaß jedoch Rückgrat genug, für es entzündende Zumutung zurückzuweisen. Das in Fürwahr eine herrliche Berichterstattung werden, wenn Herren vom Arbeitgeber-Schutzverband Bensoren spielen. Im übrigen darf wohl bemerkt werden, daß der Briefexpressing sehr ähnlich sieht. Ob der Staatsanwalt eingegriffen hat wissen wir nicht. Fest steht aber, daß ein Vertreter der Arbeiterorganisationen ähnlich verfahren sich auf einige Wochen gefasst machen konnte, die hinschwindenden Gardinen zuzubringen sind.

**Der Arbeitgeberverband marschiert.** Ein Arbeitgeberverband der Holzbranche wurde 19. v. M. in Mannheim gegründet. Der Verband hat die Aufgabe, Lohnfragen dem Gewerbe, wie sie gerade jetzt an der Tagesordnung sind, zu regeln, so meldet lakonisch die Tagespresse. Ruhmert Euch das! Sorgen für Ausbau unserer Organisation und Stärkung der Kasse um das Regeln der Lohnfrage in etwas anderer Weise zu erreichen, als es durch Gründung offenbar beabsichtigt ist.

**Werdingen.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Wirt Schroten. **Wittlich.** 27. 5. 11 Uhr, Augusta-Restaurant, Augustastraße. **Weisbaden.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, Kronenhalle, Kronengasse 26. **Warendorf.** 20. 5. bei Heinrich Hungerlötz. **Wesel.** 26. 5. 11 Uhr, Hotel Benten. **Würselen.** 27. 5. 11 Uhr, bei Herrn Joh. Kählen, Kaiserstr.

## 3—4 tägliche Fischer

für dauernde Arbeit sofort gesucht.

Eb. Neusch., Dammschlacherei, Siegen (Westf.).

**Modellschreiner, Bau- und Möbelschreiner, Holzdrechsler** finden dauernde und gut bezahlte Arbeit.

**Hermann Bender jun., Holzwarenfabrik**

**Kirchheim-Tief (Württ.)**

Nach einer großen Stadt Norddeutschlands wird für eine

Bautischlerei mit Dampfbetrieb ein

**flinkiger, energischer Werkführer** gesucht. Derselbe muß auch theoretisch geschult sein.

Offerten unter „Werkführer“ an die Expedition dieser

## Bahnhofstelle Türlwang.

Am Mittwoch den 23. Mai, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, sind Vereinslokal „Zum Bad“ eine

**Außerordentliche Mitgliederversammlung** statt. Tagesordnung im Lokal. Wegen der Wichtigkeit werden die Kollegen ersucht, vollzählig zu erscheinen. Bezirkssekretär Kollege Höglach wird anwesend sein.

Der Vorstand

Berichtszeit. Redaktur: A. S. Carl Jansen, Köln.

Druck von Heinrich Voßling, Köln.

## Versammlungs-Anzeiger.

Versammlungen finden statt

**Aschers.** 27. 5. 11 Uhr, Restauration Reitknecht, Elßhorsteistraße. **Aibling.** Jeden Sonntag 10 Uhr im Gesellenhaus. **Alsfeld.** 26. 5. 9 Uhr, Kaffee Ritter, Friedrichstraße. **Altenburg.** 27. 5. 10<sup>1/2</sup> Uhr, beim Stößlwirt. **Alzen.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Wehring, Nordtor. **Berlin.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, Kaffee Jäger, Sophiestraße 20. **Bodrum.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Menze. **Bönn.** 27. 5. 11<sup>1/2</sup> Uhr, bei Franz Döring, Oktor. **Baden-Baden.** 22. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Schützenhof. **Bielefeld.** 25. 5. 7 Uhr, Wirtschaft Debour, Herforderstraße. **Bromberg.** 27. 5. 24 Uhr, christliches Gewerkschaftshaus, Thalstr. **Buer.** 21. 5. 8 Uhr, Wirt Rotmutter, Ehenerstraße 13. **Bonn.** 26. 5. 9 Uhr, zum Großen Knecht, Sandstraße. **Barmen.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei Martin, Parlamentsstraße 2. **Berken.** 25. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Weltiner Hof, Steinstraße. **Bingen.** 23. 5. 8 Uhr im Helfensteller. **Blausenthal.** 27. 5. 5 Uhr, im Eiseler Hof. **Breisach.** 27. 5. 4<sup>1/2</sup> Uhr, bei Rosenthal, Friedrichstraße 52. **Breisach.** 26. 5. 9 Uhr, Wirtschaft Westerwald, Wittenerstraße 27. **Cöln-Lindenthal.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, Wirt Sabdel, Dudenstraße. **Cöln (Köln).** 27. 5. 11 Uhr, bei H. Beckmann, Rheingasse 4. **Düsseldorf.** (Wagener). 25. 5. 9 Uhr, im Paulushaus. **Dortmund.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, im christlichen Gewerkschaftshaus. **Dortmund.** 27. 5. 11<sup>1/2</sup> Uhr bei Beitzelmann. **Duisburg.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Arbeiterheim, Seitenstraße 19. **Duislage.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr bei Bernhard Wittrod. **Düren.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, St. Josephshaus, Löpergasse. **Düsseldorf.** 26. 5. 8 Uhr, Brauerei zur goldenen Rose. **Düsseldorf.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, zur goldenen Rose. **Düsseldorf.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Alfredshaus. **Düsseldorf.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, Restauration Stude, Viehoferstr. 50. **Elberfeld.** 26. 5. 9 Uhr, Restauration Herkstrath, Mühbachstraße. **Essen.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, zur Trompete, II. Nebenzimmer. **Elberfeld.** 26. 5. 8<sup>1/2</sup> Uhr, Kleinmarkthof. **Freiburg.** 26. 5. 9 Uhr, Goldene Zone, Fabergasse. **Freiburg.** 26. 5. 7<sup>1/2</sup> Uhr, Gold zum weißen Ross, Poststr. **Gießen.** 27. 5. 11 Uhr, Gasthaus bei Böhm, Lammstraße. **Göden.** 26. 5. 9 Uhr, Lokal zum Deutschen Kaiser, Mittelstraße.